



Keine Bewaffnung von Drohnen

Die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW fordert die Abgeordneten des deutschen Bundestages auf, der Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen nicht zuzustimmen.

Mit der Bewaffnung von militärischen Drohnen würde die Aufrüstung Deutschlands einen entscheidenden Schritt gehen – über die Fernsteuerung des Tötens im Krieg in seine Automatisierung und damit in Richtung autonomer Kriegsführung. Dieser neue und qualitativ bedeutsame Aufrüstungsschritt muss abgelehnt werden. Die Aufrüstung, Digitalisierung und Automatisierung des Militärs bedeutet eine weiter steigende Kriegsgefahr.

Die Beteiligung Deutschlands an der sogenannten Eurodrohne muss daher ebenfalls beendet werden.

Begründung

Der Koalitionsvertrag von 2018 sieht eine gesellschaftliche Debatte über die Bewaffnung militärischer Drohnen vor. Diese Debatte über eine ethisch und völkerrechtlich entscheidende Frage wird von der Bundesregierung und dem Verteidigungsministerium nicht ausreichend geführt.

Wir fordern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung.

- Eine hohe Anzahl der Opfer sind Zivilist*innen.
- Drohnen ermöglichen Tötungen mit geringem Risiko für die Angreifenden; damit senken sie die Hemmschwelle, zu töten.
- Völkerrechtliche Normen werden weiter aufgeweicht.
- Die ständige Überwachung und Bedrohung durch militärische Drohnen stellen eine erhebliche Belastung für die psychische und körperliche Gesundheit der Zivilbevölkerung dar.
- Angriffe und außergerichtliche Tötungen durch bewaffnete Drohnen verwischen die Grenzen zwischen Krieg und Noch-nicht-Krieg.
- Der Einsatz von militärischen Drohnen senkt die Schwelle, an der Spannungen in einen Krieg eskalieren können, wie sich am Beispiel USA/Iran Anfang 2020 gezeigt hat.

Beschlossen auf der Online-IPPNW-Mitgliederversammlung am 3. Oktober 2020.